© shutterstock.com

Demonstrant mit Macron-Maske während einer regierungskritischen Demonstration in Straßburg, September 2017

Es gibt noch genug zu tun

Auch das zweite Amtsjahr des französischen Präsidenten ist durch Reformprojekte geprägt

Von Brice Lahaye*

» Auch das zweite Amtsjahr von Emmanuel Macron verspricht ein Jahr der Reformen zu werden, trotz einiger Verzögerungen. Vor allem bei den versprochenen Verbesserungen bei Sozialleistungen – die Bekämpfung der Armut, die Verbesserung der medizinischen Versorgung in Krankenhäusern – muss die Regierung weiter unter Hochdruck arbeiten. Ein Update zu den anstehenden Reformprojekten.

Der Beginn des zweiten Jahres seines Mandats ist für Emmanuel Macron zunächst gut gelungen. Trotz des Widerstands der Eisenbahner und zahlreicher über Monate währender Streiks bei der SNCF hat der Präsident der Republik bei seiner Eisenbahnreform nicht nachgegeben. Am 27. Juni 2018 unterzeichnete das Staatsoberhaupt das Gesetz, das wenige Tage zuvor vom Parlament endgültig verabschiedet worden war. Dieses sieht die Öffnung des Schienenpersonenverkehrs für den Wettbewerb ab Dezember vor und schafft die Sonderkonditionen für die Beschäftigungsverhältnisse der Eisenbahnbediensteten ab dem 1. Januar 2020 ab.

Mit Beginn des Sommers allerdings kehrten sich die guten Vorzeichen um. „Es ist vielleicht über längere Zeit nicht passiert, aber ich tue, was ich gesagt habe. Ich bin fest entschlossen und arbeite jeden Tag, jede Stunde, um das zu tun, was ich versprochen habe. Außerdem aber gibt es noch die Unsicherheiten“, erklärte Emmanuel Macron im Dezember 2017 in der Hauptnachrichtensendung *20 Heures* bei *France 2*. Vielleicht hatte er da schon eine Vorahnung. Denn nach sehr produktiven ersten Monaten seiner Präsidentschaft kam es zu den ersten Einschlägen. Der Elysée geriet im Juli 2018 in einen regelrechten Sturm der Entrüstung. Grund war vor allem die sogenannte

* Brice Lahaye ist freiberuflicher Journalist für verschiedene Zeitschriften und Websites zu den Themen Gesellschaft, Politik und Tourismus.

Benalla-Affäre: ein Video der Zeitung *Le Monde* zeigt einen Elysée-Offiziellen, der während einer Demonstration zum 1. Mai einen Demonstranten gewaltsam angreift. Dann folgen die Rücktritte von beliebten französischen Politikern: Nicolas Hulot, Minister für Umwelt und ökologischen Wandel, Laura Flessel, Ministerin für Sport, sowie Innenminister Gérard Collomb.

Eine Krise, verbunden mit einem in den Meinungsumfragen deutlichen Rückgang der Popularität zu Beginn des Schuljahres – laut einer Umfrage seien nur noch 29 % der Französinnen und Franzosen zufrieden mit der Arbeit von Macron, meldete im September das *Journal du Dimanche* –, die jedoch den Reformwillen des Staatschefs nicht verändert zu haben scheint. Nach einer Woche des Zögerns und der Unsicherheit innerhalb der Regierung selbst bestätigte Ministerpräsident Edouard Philippe Anfang September, dass die Quellensteuer tatsächlich am 1. Januar 2019 in Kraft treten wird. Frankreich war eines der letzten OECD-Länder, das von diesem System keinen Gebrauch gemacht hat – während andere, wie zum Beispiel Deutschland, diese Steuer bereits vor langer Zeit, nämlich 1925 eingeführt haben. In diesem Zusammenhang kündigte die Regierung drei neue Prioritäten für zentrale soziale und gesellschaftliche Reformen der fünfjährigen Amtszeit an.

Klare Prioritäten: Armut, Krankenhaus und Gefängnis

Zuerst der „Armutsplan", der sich auf Prävention und Jugend konzentriert. Eine Reform, die für Emmanuel Macron sehr wichtig ist, da er mit ihr sein Image als „Präsident der Reichen" korrigieren könnte. Um diesen Kampf gut führen zu können, stellte der Staatsoberhaupt die großen Linien seiner Politik in diesem Bereich vor: nämlich die Verpflichtung zur Ausbildung bis zum Alter von 18 Jahren, die Schaffung subventionierter Kindertagesstätten in armen Gemeinden, die Angleichung der Tarife für Kinder aus sozial schwächeren Familien in Schulkantinen (mit Mahlzeiten zu 1 Euro für die am stärksten Benachteiligten) und die Entwicklung der Garantie für Jugendliche, die 16- bis 25-jährigen in sehr prekären Situationen hilft.

Ganz zu schweigen von einer wichtigen Ankündigung: der Schaffung eines für alle geltenden Grundeinkommens bis 2020, einer einheitlichen Unterstützungszahlung, welche die derzeit bestehenden Sozialleistungen ersetzen soll, mit der Verpflichtung, als Gegenleistung aktiv nach einer Beschäftigung zu suchen. Eine Reform, der großer Vorrang eingeräumt wird, da 2016 fast 8,8 Millionen Franzosen unter der Armutsgrenze lebten, so die kürzlich vom INSEE, dem Nationalen Institut für Statistik und wirtschaftliche Studien, veröffentlichten Zahlen. (1)

Justizministerin Nicole Belloubet stellte die Maßnahmen ihres „Gefängnisplans" vor, mit dem Versprechen, zunächst die Gefängnisüberbelegung um 8000 Menschen zu reduzieren und bis 2022 7000 neue Haftplätze zu schaffen. Im August 2018 (2) wurden in Frankreich mehr als 70000 Gefangene an rund 60000 Orten registriert. Auf Wunsch von Emmanuel Macron kündigte die Justizministerin weitere wichtige Maßnahmen an: Freiheitsstrafen von weniger als einem Monat werden nicht mehr in Haft verbracht, an die Stelle von Haftstrafen sollen zunehmend andere Formen treten wie die elektronische Fußfessel oder die Bestrafung durch Ableistung von Sozialdiensten. Der Zugang von Häftlingen zum Arbeitsmarkt soll gestärkt werden und eine Gefängnisarbeitsagentur im Oktober 2018 gegründet werden bei der 1500 Integrations- und Berufsberater beschäftigt sein sollen.

Schließlich soll der „Krankenhausplan" umgesetzt werden, durch den ein System beendet werden soll, das bereits seit 1958 vorrangig auf Behandlung und Heilung von Krankheiten und das System Krankenhaus baut, so Regierungssprecher Benjamin Griveaux. Ziel sei es vielmehr, dieses alte Gesundheitssystem durch die Aufhebung der Trennung von Krankhaus und städtischem Raum aufzulösen. Stattdessen gehe es darum, „viel stärker auf die Vorbeugung und Prävention, die durch das derzeitige System nicht gut abgedeckt ist, zu setzen. Dazu gehört auch die Schaffung von mehr

© shutterstock.com

Auch in Paris kam zu Protesten gegen die Arbeitsmarkt-Reformen, hier im September 2017.

Anreizen als bisher für junge Ärzte, sich in Gebieten auf dem Land niederzulassen, und die Änderung der Gebührenordnung, nach der Krankenhäusern nach Zahl der durchgeführten medizinischen Eingriffe abrechnen können.

Institutionelle Reformen verzögern sich

Die Reform der Institutionen und der Verfassung, die im Sommer durch die Benalla-Affäre erschüttert wurde, muss im Winter wieder aufgenommen werden. „Ich möchte denen, die daran Zweifel haben, versichern, dass das eine Priorität der Regierung bleibt", sagte Edouard Philippe. Diese lang erwartete Reform verspricht komplex zu werden. Sie sollen drei verschiedene Gesetzentwürfen erfolgen: Über die Verfassung, die Organe, und das Tagesgeschäft. Zu den wichtigsten institutionellen Reformen gehören unter anderem die Abschaffung des Gerichtshofs der Republik, der derzeit für die Beurteilung der amtierenden Minister zuständig ist, die Verringerung der Zahl der Parlamentarier, eine Reform des Obersten Justizrats, die Aufnahme Korsikas in die Verfassung, definiert als „Gemeinschaft mit Sonderstatus".

Die Arbeit wird damit aber für das politische Führungspersonal nicht aufhören. Emmanuel Macron will, wie versprochen, gleichzeitig weitere Projekte durchführen. Dazu gehören die Bekämpfung von Steuerbetrug und die Entwicklung einer für 2019 geplanten Reform des öffentlichen Dienstes. Und auch die Renten werden im nächsten Jahr im Mittelpunkt der Präsidentschaftsagenda stehen. Nach mehrmonatigen Konsultationen mit den Sozialpartnern sollten die Grundzüge bis Ende dieses Jahres veröffentlicht werden. Obwohl es viele Bedenken gibt, hat der Staatschef sich in zwei Punkten bereits festgelegt: dass er das gesetzliche Rentenalter, das in den meisten Fällen bei 62 Jahren liegt, nicht antasten werde und dass er die Hinterbliebenenrenten nicht abschaffen wolle. Es bleibt also viel zu tun für den Elysée.

1 Studie *Lebensstandards im Jahr 2016*, veröffentlicht am 11. September 2018 vom Institut national de la statistique et des études économiques (INSEE).
2 70519 Häftlinge, die zum 1. August 2018 registriert wurden, laut einer Pressemitteilung der Direktion der Strafvollzugsverwaltung/Justizministerium.